

Kocka, Jürgen

Article

Die deutsche Geschichte soll ins Museum

Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1985) : Die deutsche Geschichte soll ins Museum, Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, ISSN 0340-613X, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Vol. 11, Iss. 1, pp. 59-66

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/122734>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die deutsche Geschichte soll ins Museum

von Jürgen Kocka

Viele Städte haben ihr Historisches Museum oder bauen daran. Historische Ausstellungen, die an regionalen Traditionen (und Mythen) ansetzten, konnten große Besuchererfolge buchen: die Stauer- und die Wittelsbacher-Ausstellung zum Beispiel. Kulturhistorische Ausstellungshäuser sind weit verbreitet. Technik-, verkehrs- oder baugeschichtliche Museen fehlen nicht, längst sind ältere Industrien und der Bergbau als museumswürdig erkannt, auch gibt es Institutionen mit Exponaten zur Geschichte der Jagd oder der Tabakverarbeitung – um nur wenige Beispiele zu nennen. Der andauernde Erfolg des Römisch-Germanischen Museums in Köln ist notorisch. Was das Thema „Geschichte und Museum“ gleichwohl aktuell und spannend macht, sind zwei großangelegte Projekte, die auf repräsentative, umfassende Darstellung deutscher Geschichte mit den Mitteln von Museum und Ausstellung zielen: das „Forum für Geschichte und Gegenwart“ in Berlin (West) und das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn. Diese beiden Projekte sind Gegenstand kontroverser Debatte. Worum geht es?

Der Wunsch nach einem repräsentativen Museum für deutsche Geschichte ist älter als die gegenwärtige Bonner Koalition, erst diese jedoch hat ihn der Verwirklichung nähergebracht. Spätestens seit den frühen 70er Jahren wurde er in verschiedenen Formen geäußert, manchmal im Sinn eines Konkurrenzunternehmens zum Ostberliner Museum für Deutsche Geschichte im Zeughaus. 1978 erklärte der Westberliner Senat sein großes Interesse an einer Dokumentation und Präsentation der deutschen Geschichte, insbesondere der jüngeren Vergangenheit. Die sehr erfolgreiche Berliner Preußen-Ausstellung von 1981 im Martin-Gropius-Bau bot Gelegenheit, verstärkt nach einem national-historischen Museum zu rufen und seine Einrichtung an diesem geschichtsträchtigen Platz vorzuschlagen (so Peter Jochen Winters in der FAZ vom 15. August 1981). Der Berliner Senator für Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten gab Gutachten in Auftrag, die im Januar 1982 von den vier Historikern Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer sowie im Januar 1983 von Stephan Waetzold, dem vormaligen Generaldirektor der staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, vorgelegt wurden. Im Frühsommer 1982 sprachen sich der Regierende Bürgermeister v. Weizsäcker und im Oktober 1982 (in seiner Regierungserklärung) Bundeskanzler Kohl für den Plan aus. Viele interne Diskussionen und zwei öffentliche Anhörungen im No-

vember 1983 und Januar 1984 im Berliner Reichstagsgebäude fanden statt,¹ und gegenwärtig (August 1984) arbeitet der Senator für Kulturelle Angelegenheiten an einer Vorlage für den Berliner Senat zur Errichtung eines „Forums für Geschichte und Gegenwart“ im Gropius-Bau, das ein neuartiges Institut werden soll: Es soll zwar langfristig – wie ein Museum – eine Sammlung anlegen, die eine Dauerausstellung zur deutschen Geschichte trägt; zugleich – und zunächst vor allem – soll es aber von historischen Wechsellausstellungen (mit Einbeziehung von Gegenwartsfragen) leben, die von wechselnden „Gast-Regisseuren“ und Initiativgruppen unter Leitung eines permanenten „Intendanten“ gemacht werden sollen. Auch soll das Haus mit den verschiedensten Darstellungsformen experimentieren und arbeiten, mit Literatur, Musik und Film, mit Theater und Pantomime. Die für 1987 in Aussicht genommene Ausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlins soll ein erster praktischer Schritt zur Realisierung dieses Forums werden; allerdings haben sich um den Inhalt dieser Jubiläums-Ausstellung bereits deutliche Kontroversen ergeben.²

In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 unterstützte der Kanzler nicht nur das Berliner Projekt, sondern kündigte auch die Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn an. Ende 1983 lag ein Gutachten von drei Historikern (Lothar Gall, Klaus Hildebrand, Horst Möller) und einem Museums-Fachmann (Ulrich Löber) vor, das vom zuständigen Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben wurde und mittlerweile eine heftige Diskussion ausgelöst hat. Diese wurde vor allem auf einer öffentlichen Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion am 9. Mai 1983 geführt und in den Medien bekanntgemacht.³ Die Gutachter sind dabei, die vorgebrachten Einwände zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen, doch soll, wie es scheint, an dem Plan insgesamt festgehalten werden.

Außer dem Standort der Berliner Institution⁴ waren oder sind vor allem folgende Punkte umstritten:

- 1 Veröffentlicht vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten Berlin als „Protokoll der Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart. Tagung im Reichstagsgebäude am 18. November 1983 (bzw. am 13. Januar 1984)“, 2 Teile.
- 2 Vgl. „750-Jahr-Feier kam ins Gerede“, in: Die Welt (Berliner Ausgabe) v. 3. 7. 84; „Keine Spielereien!“, in: Berliner Morgenpost v. 4. 7. 84.
- 3 Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Protokoll v. 9. Mai 1984. Materialien der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Bundestagsfraktion, Hg. F. Duve, Bonn 1984. Vgl. auch den interessanten Beitrag von H. Schwab-Felisch („Blüchers Pfeife“), in: Merkur 38. 1984, S. 601–06. Das vom BMI in Auftrag gegebene Gutachten von Gall u. a. ist an die Länder sowie an über hundert gesellschaftliche Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen mit der Bitte um Stellungnahme versandt worden, um eine breite Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit sicherzustellen.
- 4 Die Entscheidung scheint endgültig zugunsten des 1877–81 gebauten Kunstgewerbemuseums, des Gropius-Baus, gefallen zu sein, der sich für Ausstellungen gut eignet und überdies mit preußisch-deutscher Geschichte handgreiflich und symbolisch verknüpft ist: sei-

1. Ob lediglich oder doch primär Originale ausgestellt oder stark auf (als solche zu kennzeichnende) Replikat, szenische Nachstellungen und moderne Ausstellungsmedien (Film, Video) zurückzugreifen sei, war in bezug auf das Berliner Projekt kontrovers. Der folgende Beitrag von Boockmann plädiert engagiert für die Konzentration auf Originale. Die Gegenseite, zu der der erfahrene Museumsmann Waetzold, aber auch Historiker gehören, wies auf die vermutlich sehr großen Schwierigkeiten hin, ausreichend Original-Exponate zu erwerben. Sie argumentierte, daß die angestrebten Bildungs- und Lernprozesse – sinnliche Geschichtsvermittlung, Motivation, Entwicklung von Fragestellungen, Einsichten und Urteilsbildung – auch und gerade mit museums- und ausstellungsspezifischen Mitteln zu erzielen seien, die über die Präsentation eines Originalstücks hinausgingen. Während die einen auf die „Anmutungsqualität“ setzten, die eben nur in „authentischen“ Relikten vorhanden sei (so das Berliner Gutachten von Boockmann u. a.) und die Ausstellung von den verfügbaren Original-Exponaten her zu konzipieren vorschlugen, meinten die anderen: „So viel Originale wie möglich, so viele alternative Darstellungsformen wie nötig“, um breite Information in sinnlich wahrnehmbarer Form zu vermitteln, Zusammenhänge zu erschließen und das kritisch-selbständige Urteil zu erleichtern. Erlaubt sei, was solchen Zwecken diene; die „Anmutung“ sei weniger wichtig; ohnehin seien einzelne Relikte – wie punktuelle Quellen überhaupt – verschieden interpretierbar; entscheidend seien Fragestellungen und Zusammenhänge, nicht das einzelne Exponat.

2. In dieser Debatte kam man immer wieder auf die Zwecke der Ausstellungsprojekte insgesamt zurück, denn von den Prioritäten bei der Zweckbestimmung waren und sind die anderen Entscheidungen – über den gewünschten Stellenwert des Originals oder über das wünschenswerte Verhältnis von Dauer- und Wechselausstellung – nicht unabhängig. Mindestens in Nuancen divergierten und divergieren die Erwartungen, die an die geplanten Institutionen gerichtet werden. Für eine nationale Gedenk- und Weihestätte, einen Reliquienschrein der Nation, eine deutsche Walhalla in Bonn oder Berlin trat zwar niemand ein. Aber die einen wünschten sich

nerzeit in der südlichen Friedrichstadt, der City, gelegen, nah am Preußischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus; dann in enger Nachbarschaft zu den Terrorzentren des „Dritten Reichs“, nämlich zum Hauptquartier der Gestapo und zum Dienstgebäude der SS-Führung (Palais Prinz Albrecht); jetzt direkt an der Mauer und im übrigen in zerstörungsgeprägtem Gelände (das zu einer Gedenkstätte mit verquälter Symbol-Architektur umgestaltet werden soll – vgl. den Bericht in der Süddeutschen Zeitung Nr. 110 vom 12./13. Mai 1984: „Kein Ort für einen Kranz. Zum Wettbewerb für eine nationale Gedenkstätte in Berlin“). – Als Alternative für das Museum bzw. Forum wurde der Reichstag vorgeschlagen. Zuletzt beanspruchten mehrere Interessenten, so darunter auch die Berliner Akademie der Künste, Nutzungsrecht am Gropius-Bau. Die Entscheidung des Kultussenators, ein vergleichsweise offenes „Forum für Geschichte und Gegenwart“ mit – auch gegenwartsbezogenen – Wechselausstellungen (statt eines „Historischen Museums“) zu planen, reagiert wohl auch auf diese Konfliktlage.

primär einen Ort, an dem zwar Geschichte sinnlich erfahren und historische Neugier geweckt, aber auch zur historischen Urteilsbildung beigetragen und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit unter gegenwartsbezogenen Gesichtspunkten, mit ausstellungsspezifischen Mitteln, ermöglicht werden sollte. Andere zielten stärker auf die sinnliche Erfahrung, die Begegnung mit dem Objekt, die motivierende Spurensuche und das Erstaunen, auch um den Preis des Nicht-Begreifens.⁵ Wieder anderen ging es weniger um einen Ort des Fragens und Staunens, des Zweifelns und Diskutierens (in ausstellungsangemessener Form), sondern das Kernziel sei es, das historische Selbstverständnis der Deutschen in der Bundesrepublik zu festigen und es in dem Rahmen der nationalen und internationalen Bezüge und Bindungen zu verankern – so das in vieler Hinsicht recht konservativ getönte Bonner Gutachten von Gall u. a. Die „Suche nach Befestigung politischer und gesellschaftlicher Identität“ will auch das Berliner Historiker-Gutachten voranbringen (wie so viele Intellektuelle in der letzten Zeit), und es hofft, durch Betonung der deutschen Nationalgeschichte fündig zu werden. Vor einer „Identitätsfabrik“ wurde dagegen auf einer der Berliner Diskussionen gewarnt (von Bazon Brock, wenn ich mich richtig erinnere).

Gegenwärtig scheint das Berliner Projekt – mit seiner Betonung der Wechselausstellungen unter wechselnden „Regisseuren“, unter Teilnahme verschiedener Gruppen, mit seiner Absicht, aus vielen Einzelbeiträgen auch durchaus subjektiv eingefärbter Art allmählich eine Dauerausstellung zu entwickeln – einem zwar sinnlich-anschaulichen, aber gleichwohl pluralistisch-diskursiven Charakter des zukünftigen Hauses stärker Rechnung zu tragen („Forum“!). Diese pluralistisch-diskursive Komponente ist dagegen im Bonner Plan (nach dem Gutachten zu urteilen) etwas unterentwickelt: Der Schwerpunkt liegt da auf der Dauerausstellung, und ein zwar durchaus diskutables, keineswegs extremes, aber auch nicht selbstverständliches und zweifellos nicht von allen geteiltes Bild von der Geschichte der Bundesrepublik wird da zur musealen Fixierung vorgeschlagen – als Basis der angestrebten Identitätsstärkung bundesdeutscher Schulklassen und Touristen. Dem entspricht die in Berlin und Bonn sehr verschiedenartige Methode der Vorbereitung: relativ viel Öffentlichkeit und Durchsichtigkeit im Berliner Fall, auch Einbeziehung verschiedener Richtungen von Fachleuten und kontroverser Standpunkte von Anfang an; in Bonn dagegen zunächst der Verzicht auf eine breite Basis, undurchsichtige Verfahren, Ausblendung wichtiger, aber offenbar nicht genehmer Richtungen der gegenwärtigen Zeitgeschichtsforschung.⁶ Wie sähe das Verfahren aus, das bei der Einrichtung solcher repräsentativer historischer Ausstellungen beobachtet werden

5 So etwa – verbunden mit einem Plädoyer für „Reliquienkult“ – aus alltagsgeschichtlicher Perspektive M. L. v. Plessen im Protokoll der Berliner Anhörung, Teil 2, S. 36f.

6 So auch die Kritik von M. Broszat im Protokoll der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion, S. 107f.

sollte? Natürlich muß letztlich die gewählte Regierung entscheiden, und ihr bleibt es überlassen, welche Fachleute sie sich als Gutachter aussucht. Aber sollten derartige auf lange Sicht bestehende Unternehmen nicht so überparteilich wie möglich abgesichert sein? Durch welche Verfahren? Sicher wäre es nicht gut, wenn nach jedem Bonner Regierungswechsel das Bonner Haus für Geschichte der Bundesrepublik neu eingerichtet werden müßte.

3. Das verweist auf die inhaltlichen Schwerpunkte der beiden Projekte, über die kontrovers diskutiert worden ist. Das Berliner Gutachten von Boockmann u. a. vermied glücklicherweise eine „Frage und Darstellungsweise“, die vornehmlich aus der Politikgeschichte gespeist wird. „Ebenso ist eine eindimensionale Technikgeschichte wie auch eine ausschließliche Kunst- und Kulturgeschichte zu vermeiden. Vielmehr wird es darum gehen, die Geschichte der materiellen, geistigen und politischen Kultur der Deutschen aller Schichten im europäischen Raum zu erfassen.“ Bei allem nötigen Zweifel an dem Wischi-Waschi-Wort „Kultur“, das in solchen semantischen Zusammenhängen keine Wirklichkeitsdimension mehr auszugrenzen vermag und sich der vollen Unbrauchbarkeit nähert – die damit ange deutete und in den vorgestellten Themenkatalogen konkretisierte Intention fand und verdient Zustimmung.

Entschiedene Kritik provozierten dagegen die vier Verfasser des Berliner Gutachtens mit ihrem Vorschlag, die geplante und für sie ganz zentrale ständige Ausstellung auf ein Gesamtthema einzugrenzen: nämlich auf die Problematik des deutschen Nationalstaats bzw. der deutschen „Nationalkultur“ im europäischen Rahmen seit dem späten 18. Jahrhundert. Diese präsentistische, durch die Mitarbeit eines Mittelalter-Historikers merkwürdigerweise nicht verhinderte Einengung eines Museums für deutsche Geschichte (das die vier Historiker befürworteten) wurde auf den Anhörungen in Frage gestellt. Die Geschichte der Deutschen dürfe man nicht erst 1770 beginnen lassen. Und so wichtig die Frage nach der Entstehung und Gefährdung, nach Aufstieg und Niedergang des deutschen Nationalstaats sei, es gebe andere gleichgewichtige und gleichberechtigte Leitfragen, welche die Auswahl der Exponate und ihr Arrangement gemeinsam leiten sollten. Außer der Frage nach dem Nationalstaat sei das die Frage nach der schwierigen Geschichte freiheitlicher Demokratie in Deutschland, die den Blick weit bis ins Mittelalter zurück lenke; die Frage nach den Problemen sozialer Ungleichheit, dem Unterschied zwischen Arm und Reich, nach den Klassen und Schichten, Konflikten und sozialen Bewegungen sowie die Frage nach dem Verhältnis der Menschen zur Kultur und damit nach den Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen, nach dem Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen.⁷ Warum wollte man sich auf den Nationalstaat beschränken und damit auf etwas, was in der deutschen Geschichte mit am wenigsten geglückt ist? Müßte eine solche Ausstellung nicht auch Säle über

7 Vgl. das Protokoll der Berliner Anhörung, Teil 1, S. 22.

weltliche Herrschaft und Kirche im Mittelalter, über die mittelalterliche Stadt, über Reformation und Bauernkrieg, über Industrialisierung, Kapitalismus und Arbeiterbewegung enthalten? Müßte sie nicht die regionale Vielfalt der deutschen Geschichte sehr ernst nehmen? Ist das wieder erstarkte Öffentlichkeitsinteresse an der Geschichte nicht viel breiter und vielfältiger als das enge Interesse am Nationalstaat und seiner „Kultur“? Auch wenn man primär Identität stiften wollte, warum so exklusiv die nationale?

Nachdem in Berlin mit der Idee des „Forums“ (statt Museums) das Prinzip der Wechsellausstellung stark betont worden ist, trat die Frage nach den inhaltlichen Leitplanken für die allmählich entstehende Dauerausstellung etwas in den Hintergrund. Aber man wird sie neu aufgreifen müssen, wenn man Auswahl- und Ankaufsentscheidungen begründen und totale Beliebbarkeit verhindern will.

4. Das Bonner Konzept (in dem zweifellos sehr sachkundigen Gutachten von Gall, Hildebrand, Löber und Möller, das oft wohltuend zurückhaltend argumentiert und vieles offenläßt, was erst im konkreten Akt der Auswahl und des Arrangements der Exponate wirklich entschieden werden dürfte) ist dem chronologischen Prinzip stärker verpflichtet als das Berliner. Und es gibt einer kleinschrittig verstandenen, sich eng an die Abfolge der Kanzler, Kabinette und Legislaturperioden haltenden Politikgeschichte ganz eindeutig den Vorrang. Dagegen sind die stärkere Berücksichtigung der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte und die stärker systematische Strukturierung von solchen Gesichtspunkten her gefordert worden – und damit weniger chronologisch abgegrenzte und mehr systematisch definierte Säle mit Längsschnitthemen. Die Haupt- und Staatsaktionen würden eindringlich dokumentiert, zu wenig dagegen die gesellschaftlichen Entwicklungen, die jene ja oft nur nachvollzögen.⁸

Eine Vielzahl von inhaltlichen Einzeleinwänden ist geäußert worden: die Entwicklung auf die „soziale Marktwirtschaft“ hin werde zur unilinearen Erfolgsgeschichte verkürzt und ihre Vorgeschichte vernachlässigt; die Mitbestimmung und die Gewerkschaftsbewegung sollten stärker berücksichtigt werden; es sei zumindest fragwürdig, die Studentenbewegung und die Entstehung der außerparlamentarischen Opposition mit dem Begriff der „Unruhe der 60er und 70er Jahre“ zu bezeichnen; die „Restaurations“-Problematik werde ausgeklammert.⁹ Mir erscheint als besonders wichtig, was sich in Zukunft als ein zentraler Streitpunkt bei der Interpretation der Geschichte der Bundesrepublik herausbilden könnte: der Streit um die Bedeutung der „Wende“ von 1967–69. Eher implizit, aber sehr wirkungsvoll bezieht da das Gutachten Stellung. Die Zeit bis 1963 wird ganz primär als

⁸ So sehr gut D. Thränhardt im Protokoll der Anhörung der SPD-Fraktion, S. 91–95.

⁹ Diese Punkte u. a. in dem dezidiert kritischen Gutachten von H. Mommsen in ebd., S. 157–60, aber auch in anderen dort abgedruckten Stellungnahmen.

„Erfolgsgeschichte“ gekennzeichnet, während die Zeit seitdem auch durch „Schatten und Defizite“ gekennzeichnet sei. Das Ende der Kanzlerschaft Adenauers 1963 wird als Zäsur überzeichnet, der konfliktreiche außen- und innenpolitische Neuanfang 1967/69 etwas heruntergespielt. Sicher ist es richtig zu betonen, daß sich die Leistungsbilanz der Bundesrepublik sehen lassen kann; das gilt auch für die frühe Bundesrepublik. Aber man darf dabei nicht vergessen, die tiefen Probleme der Zeit bis zur Mitte der 60er Jahre auszuleuchten, wenn anders nicht die Unruhe, die Kritik, der politische Wechsel in den späten 60er Jahren unverstänlich bleiben und überflüssig erscheinen sollen. Ebendies passiert in dem Bonner Gutachten. Warum suchte man denn Ende der 60er Jahre so stark nach innen- und außenpolitischen Alternativen? Warum konnte eine entschiedene Reformpolitik jetzt Mehrheiten finden? Woher diese Aufbruchstimmung? Man muß das stärker aus den Defiziten der Zeit vorher erklären. Dazu gehörten die nicht genügend konsequent durchgeführte Absetzung von der NS-Vergangenheit und das daraus folgende Glaubwürdigkeitsproblem vor allem bei der jüngeren Generation, gehörten restaurative Elemente in den Institutionen, im Bildungswesen, in der politischen Kultur der 50er und frühen 60er Jahre; gehörte wohl auch die Diskrepanz zwischen deutschlandpolitischer Rhetorik und faktisch gegenläufiger Entwicklung mit der Gefahr der internationalen Isolierung der Bundesrepublik. All das wird im Gutachten zu wenig beleuchtet. Damit wird es dem Wandel Ende der 60er Jahre nicht gerecht.

Am grundsätzlichsten hat Martin Broszat das Konzept in Frage gestellt. Mit dem Versuch, die allerjüngste Vergangenheit – bis hin zum Ende der sozialliberalen Koalition (demnächst vielleicht bis zum Ende der Kanzlerschaft Kohl) – museal darzustellen, übernehme man sich, lasse man sich zu sehr auf die Selbstdarstellungsbedürfnisse gegenwärtiger Regierungen ein. Von der Gefahr des „Hofmuseums“ sprach auch der Münsteraner Politologe Dietrich Thränhardt. Was noch so unabgeschlossen und kontrovers sei, entziehe sich der musealen Kanonisierung. Versuche man es trotzdem, laufe man Gefahr, der Historie wieder eine Hilfsfunktion zur Affirmation des politischen Status quo zuzumuten – vor dem Hintergrund der nicht legitimen Erwartung, durch die Vermittlung von Geschichte im Sinn eines einheitlichen Geschichtsbildes lasse sich mehr politisch-nationale Identifikation mit den bestehenden staatlich-politischen Verhaltensweisen erreichen. Auch lasse sich die Bedeutung der Geschichte der Bundesrepublik mit ihrer unsensationellen Stabilität nur im Kontext der vergangenen spektakulären und katastrophalen Geschichtsphase wirklich verdeutlichen. Diese dürfe deshalb nicht nur als kurze Vorgeschichte behandelt werden.¹⁰ Broszat plä-

10 Auch andere Stellungnahmen – so die von R. Löwenthal und H. Grebing – plädierten mit sehr guten Gründen für eine ausführliche Einbeziehung der Traditionen, aus denen die Bundesrepublik entstand bzw. von denen sie sich absetzte (ebd., S. 32–34, 53–65). Damit ist die Frage nach der Abgrenzung zwischen dem Berliner und dem Bonner Haus gestellt.

dierte für die Begrenzung der ständigen Ausstellung auf die konstitutive Phase der Gründung und Westbindung der Bundesrepublik (1945–1955). Im übrigen sollten Wechsellausstellungen (etwa im Sinne der Berliner Forums-idee?) die vielfältigen Ereigniskomplexe und Sachthemen der Bundesrepublik-Geschichte und ihrer historischen Voraussetzungen behandeln.¹¹ Die Gutachter haben sich zunächst einmal gewehrt – vor allem mit einem Angriff auf die von Broszat geleitete Institution, das Münchener Institut für Zeitgeschichte, „das in bezug auf die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 bisher nur ‚eine untergeordnete Rolle‘ gespielt habe.“¹² Man ist gespannt, wie es weitergeht, welche der vielen Einwände in die anstehende Überarbeitung des Gutachtens eingehen werden und ob das künftig federführende Gremium etwas vielfältiger und repräsentativer zusammengesetzt sein wird als das derzeitige.

5. Schließlich wurde und wird in vielfältiger Weise die Frage diskutiert, wie Geschichte mit museums- und ausstellungsspezifischen Mitteln überhaupt sinnlich-erfahrbar und zugleich sachlich-verantwortlich vermittelt werden kann. Wie stellt man im Museum komplexe historische Zusammenhänge und Wandlungen dar, gerade wenn man nicht allzu sehr mit museumsfremden Mitteln, Texten von Historikern auf Schrifttafeln z. B., arbeiten will? *Wie erklärt man Zusammenhänge? Welche Mittel stehen zur Verfügung, um die Besucher der Ausstellung zu veranlassen, sich kritisch, fragend und mit selbständigen Urteilen zur dargestellten Geschichte zu verhalten? Wie verbindet man Motivationskraft und sinnlichen Reiz mit Sachangemessenheit? „Das Archivieren, Ausstellen von Dokumenten, Bildern, Fotos, Gegenständen ist der sicherste Weg, im Betrachter Frust, Überdruß und Langeweile zu erwecken.“*¹³ In den Diskussionen haben Museumsfachleute die Historiker vor zu hohen Erwartungen gewarnt. Diese für die meisten Historiker und ihre vorherrschende Arbeit mit Texten nicht allzu bekannten Probleme sollen in den folgenden Beiträgen (in diesem Heft und in den nächsten) besonders zur Debatte gestellt werden.

11 Broszats Stellungnahme ebd., S. 106–14; Thränhardts Bemerkungen ebd., S. 165–67.

12 „Schlagabtausch um das ‚Haus der Geschichte‘“, in: FAZ v. 3. 7. 84.

13 So, etwas überpointiert, Henri Nannen im Protokoll der Anhörung der SPD-Fraktion, S. 162.